Nr. 466 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 231

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 20 Pf.
auswärts 30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 36,— M., monatl. 12,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 22,— M., für das übrige Ausland 30,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neungespaltene Nonpareillezeile kostet 6,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 2,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,60 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Montag, den 3. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Französische Friedensrede in Genf.

Die Völkerbundversammlung in Genf hatte am Sonnabend einen großen Tag. Die Rede, die der Vertreter Frankreichs zur Abrüstungsfrage hielt, war ein Ereignis. Nach dem bisherigen Verhalten der französischen Delegierten, das hemmend auf die wenigen positiven Resultate der diesjährigen Versammlung wirkte, rief sie in Genf ein Gefühl der Befreiung hervor. Uns, die wir nicht unter dem unmittelbaren Eindruck der Rede stehen, sei eine etwas kühlere Betrachtung gestattet. Es ist vielleicht kein Zufall, daß Frankreich nach den wenig abrüstungsfreudigen Reden seiner anderen Delegierten und nach dem wenig günstigen Eindruck, den die Worte Hanotaux' in der Frage des Mädchenhandels machten, daß man Noblemaire vorschickte und daß man ihm eine andere Route gestattete. Es ist vielleicht auch kein Zufall, daß diese Rede in die Tage fällt, in denen sich Deutschland die klare Scheidung zwischen Reaktion und Demokratie vorbereitet. Man wird es uns deshalb nicht verübeln, wenn wir der Rede vorsichtig prüfend gegenüberstehen. Darüber besteht natürlich kein Zweifel, daß wir es nur begrüßen, wenn Frankreich einen Schlußstrich unter seine Politik der militärischen Gewaltandrohungen setzt. Wir können Noblemaire nur zustimmen, wenn er sagt, daß die moralische Abrüstung wichtiger ist als die militärische. Denn das erste ist die Voraussetzung für das zweite. Gelegenheit, diesen Grundsatz Tat werden zu lassen, findet Frankreich mancherorts. Nicht zum mindesten im Saargebiet, dessen Vertreter soeben dem Völkerbund ihre Wünsche unterbreiten.

•

Genf, 1. Oktober. (WTB.) Die Völkerbundsversammlung nahm heute abend die Vorschläge der dritten Kommission (Rüstungsbeschränkungen) an, über welche Lord Robert Cecil-Südafrika Bericht erstattete. Die Vorschläge bezwecken u. a. den Kampf gegen die Anwendung von giftigen Gasen, der am besten durch Veröffentlichung der einschlägigen Erfindungen geführt werden könne. Die Regelung des Waffenhandels soll durch eine möglichst schnelle Ratifizierung des Abkommens von Saint Germain durch alle Staaten, auch die Nichtmitglieder, erzielt werden. Ferner sind Maßnahmen zur Zerstörung der im Kriege aufgehäuften Waffen- und Munitionslager notwendig. Die temporäre gemischte Kommission wird aufgefordert, ein Abkommen über den Waffenhandel vorzubereiten, das noch vor der nächsten Völkerbundsversammlung einer internationalen Konferenz unterbreitet werden soll. Der von der letzten Versammlung ausgesprochene Wunsch, der sich gegen die Vermehrung der Rüstungen richtet, wird wiederholt, wie auch die Forderung nach Ermittlungen über den gegenwärtigen Stand der Rüstungen in den einzelnen Ländern.

Der wichtigste Antrag der Kommission stützt sich auf Artikel 8 des Paktes und verlangt vom Rate die

Ausarbeitung eines Planes für Rüstungsbeschränkungen.

Andere Vorschläge beziehen sich auf die Verstärkungen der temporären gemischten Kommission und der entsprechenden Abteilung des Völkerbundssekretariats. Lord Robert Cecil schloß seine Darlegungen mit der Forderung nach einer großangelegten Weltpropaganda für Rüstungsbekämpfungen mit einem Appell an die Arbeiterklasse, der im Laufe der Debatte von verschiedenen Rednern angenommen wurde. Hierauf hielt der Delegierte

Noblemaire-Frankreich

eine lange Rede, in der er den französischen Standpunkt zu dem Abrüstungsproblem, der sich im letzten Jahre und seit den Friedensverhandlungen in Paris nicht verändert habe, darlegte und als Voraussetzung für eine spätere Abrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechts forderte. Schließlich sei die Prüfung einer gemeinsamen, vom Völkerbund auszuübenden Aktion auf Grund des Artikels 16 des Paktes notwendig. Das Abrüstungsproblem kann nach dem französischen Delegierten nicht besser als an einem konkreten Beispiel, das aber nur ein Beispiel sein solle, beleuchtet werden, und zwar an dem

Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich.

Unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung erklärte Noblemaire, daß er mit Vorsicht, Höflichkeit und Gerechtigkeit das Problem anfassen wolle. Er betonte zunächst, indem er an seine eigenen Kriegserlebnisse erinnerte, daß man auch die Gefühle und die Tapferkeit beim Gegner achten müsse. Genau so wie der französische Soldat vor dem Tod im Felde als letztes Wort „Es lebe Frankreich! ausgerufen hat, sind auch Hunderte und Tausende von deutschen Soldaten mit dem Rufe auf den Lippen gestorben: „Es lebe Deutschland". Warum, so rief Noblemaire aus, sollen diese heiligen Wünsche unserer Helden — und ich sage das Wort „Helden" von ganzem Herzen, indem ich mich bemühe, die Ausschreitungen, deren Schrecken wir nicht wieder erleben wollen, zu vergessen —, warum sollen diese Wünsche sich nicht alle verwirklichen! Warum soll es unmöglich sein, daß in Zukunft Frankreich lebt, aber auch Deutschland lebt? **Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht ein freies Deutschland leben können?** Sind wir nicht gerade deshalb hier, um dieses Ereignis, das in sich das Glück und den Frieden eines großen Teiles der Welt birgt, zu ermöglichen und es in Bälde zu ermöglichen? Noblemaire glaubt, daß dieses Ziel mit dem Zusatzantrag Bourgeois zu verwirklichen ist, das heißt, wenn Frankreich die notwendigen Wiedergutmachungen, die notwendigen Sicherheiten **durch eine vollständige und loyale Ausführung** des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerbundspaktes selbst bilden, erhalten hat. Heute sind

diese Sicherungen noch nicht vollständig erreicht.

Zwar sind die materielle Abrüstung Deutschlands und die Ablieferung der Waffen so gut wie vollzogen. Aber die Möglichkeit neuer Rüstungen ist noch nicht beseitigt, so daß die Fortführung der bisherigen Kontrolle nicht überflüssig ist, so wenig wie die in Artikel 213 und die durch den französischen Antrag für alle Staaten vorgesehene Ueberwachung.

Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Noblemaire die Forderung moralischer Abrüstung, die wichtiger sei als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen. Wie steht es mit Deutschland? Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Geister und der Herzen vollzogen hat, oder aber wir wissen zu gut, daß sie noch auf starke Widerstände stößt. Wir sehen, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt: des Krieges und des Revanchegeistes gegen den Geist des Friedens und der Arbeit,

zwischen den Junkern und der Demokratie,

und da können wir uns unsere Sicherheit, die mit der Sicherheit ganz Europas zusammenfällt, gewiß und voll erst an dem Tage vorstellen, **an dem die deutsche Republik unbestritten ist, sich fester demokratischer Einrichtungen erfreut,** und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Ideals, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerbundes selbst sind. Wer aber will bestreiten, daß in dieser Stunde der Ausgang des Duells noch unsicher ist, daß wir infolgedessen mit Gewehr bei Fuß bleiben müssen. Das sei, so führte Noblemaire weiter aus, kein Militarismus, sondern **einfach der Wille,** nicht noch einmal die Greuel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeite Frankreich im Völkerbund und werde jetzt auch nach Washington gehen. Noblemaire schloß seine Rede mit den Worten: Ich glaube, den Willen meines Landes und auch des Völkerbundes in folgende Worte zusammenfassen zu können: si vis pacem, para pacem.

Die Rede wurde von vielfachen Beifallskundgebungen unterbrochen. Zum Schluß beglückwünschten zahlreiche Delegierte den Redner. Alle späteren Redner, Fisher-England, Hymans-Belgien und auch Lord Robert Cecil schlossen sich der Rede an und hoben die Bedeutung ihrer Darlegungen zum deutsch-französischen Problem hervor. So gab

Fisher-England

zunächst dem Verständnis Ausdruck, das England der französischen Auffassung entgegenbringe. Jedoch seien nach seiner Ansicht die friedlichen Gefühle **nicht nur auf der einen Seite des Rheins.** Der Friede Europas und der Welt wird erst möglich, wenn Frankreich und Deutschland ihre Gegensätze etwas vergessen haben. Er zitierte bei dieser Gelegenheit Beispiele ritterlicher Gesinnung deutscher Kriegsteilnehmer und sagte schließlich, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England den Frieden wolle. Frankreich und England, erklärte er wörtlich, sind in der letzten Zeit auf dem diplomatischen Boden Europas nicht immer einig gewesen. Aeußern will ich aber nichts darüber, meine Herren. Beide Staaten verfolgen das gleiche Ziel, beide wollen für den Frieden arbeiten, selbst wenn sie in den Methoden nicht übereinstimmen.

Lord Robert Cecil,

der die Debatte beschloß, bezeichnete die Rede Noblemaires als das große Ereignis der gegenwärtigen Tagung. Er ist einverstanden damit, daß man der Freundschaft Englands für Frankreich Ausdruck gibt, hält es aber für unehrlich, wenn man nicht auf gewisse Mißverständnisse, die in der öffentlichen Meinung weiterbestehen, hinweist, die allerdings durch Reden, wie die des französischen Delegierten, zerstreut werden können. Er hoffe, daß Noblemaires Rede in England, vor allen Dingen aber auch in Deutschland gelesen wird. Cecil schloß mit den Worten: **In dem Kampfe zwischen dem Deutschland der Junker und dem Deutschland der Demokraten muß der Völkerbund sich auf die richtige Seite stellen und allen denen seine hilfsbereite Hand reichen, die dort für den Frieden arbeiten.**

Denkschrift der Saardelegation.

Genf, 2. Oktober. (WTB.) Die in Genf weilende Vertretung des Saargebietes hat ein vorläufiges Memorandum ausgearbeitet, in dem als wesentliche Ursache der wirtschaftlichen Notlage des Landes die gegen den Willen der Bevölkerung erfolgte Einführung der Frankenwährung neben der Markwährung bezeichnet wird. Das Memorandum weist darauf hin, daß die saarländische Industrie nach wie vor für den weitaus größten Teil des Absatzes auf den deutschen Markt angewiesen ist, da die tatsächlichen Verhältnisse es unmöglich machen, sich in Frankreich ein Absatzgebiet zu eröffnen. Infolge der Einführung der Frankenwährung müsse die saarländische Industrie ihre Selbstkosten für Rohstoffe, Kohlen, Frachten und dergleichen in Franken aufbringen, während der Verkauf fast nur in Mark erfolgen kann. So arbeitet vor allem die Eisenindustrie mit ihren etwa 35 000 Arbeitern seit Monaten mit wachsenden Verlusten, die sich auf viele Millionen beziffern. Da nun auch die Besoldung der Kommunalbeamten in Franken durchgeführt werden soll, was auch die Zahlung der Steuern in Franken nach sich ziehen würde, werde die Mark endgültig verdrängt werden. Damit wäre die Saarindustrie nur noch auf den französischen Markt angewiesen, der dafür nicht aufnahmefähig sei, was zu einer scharfen wirtschaftlichen Krise im Saargebiet führen müsse.

Der Beschluß der USP.

Der Beschluß der Unabhängigen zur Frage der Regierungsbildung, der dem Sozialdemokratischen Parteivorstand als Antwort auf seine Anfrage zuging, ist ein hochbedeutsames Ereignis in der inneren Geschichte der jungen deutschen Republik. Spricht auch dieser Beschluß noch nicht die unmittelbare Bereitwilligkeit der Unabhängigen aus, in eine Koalitionsregierung mit einzutreten, so bedeutet er doch unter allen Umständen ein Aufgeben der grundsätzlichen Ablehnung gegenüber einer solchen Regierung und die Eröffnung von Möglichkeiten, die zu verwirklichen im höchsten Interesse des Staates liegt.

Es soll hier nicht weiter untersucht werden, welchen Weg vom Irrtum zur Wahrheit die Partei der Unabhängigen im letzten Jahr zurückgelegt hat, es sei nur ausgesprochen, daß es die hohe politische Schulung der deutschen Arbeiter war, die ihr das Zurücklegen dieses Weges erleichtert hat. Nichts ist verständlicher, als daß die katastrophalen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit Verwirrung und unklares Streben erzeugten, daß es Augenblicke des Schwankens gab und verhängnisvollen Streit über den Weg zum Ziel, das allen gemeinsam ist. Nichts aber ist auch erfreulicher als die Schnelligkeit, mit der die Selbstbesinnung einsetzte und die Umstellung auf die neuen Aufgaben erfolgte, die uns die neue Zeit gestellt hat.

Wenn die deutsche Industrie trotz aller politischen Erschütterungen Leistungen vollbringen konnte, auf die das Ausland mit Staunen blickt, so darf nicht vergessen werden, daß diese Leistungen unmöglich gewesen wären ohne den Fleiß und die Intelligenz der deutschen Arbeiter. Die deutschen Arbeiter werden aber ihr Verdienst am Volksganzen noch steigern und ihre Bedeutung für den neuen Staat erhöhen, wenn sie nicht nur gute Arbeit leisten, sondern auch gute Politik treiben. Daß sie das wollen, dafür ist der Beschluß der Unabhängigen ein neuer Beweis.

Was würde der Eintritt der Unabhängigen in eine Koalitionsregierung bedeuten? Nichts anderes als dies, daß sich die ganze deutsche Arbeiterschaft — von den kleinen verwesenden Resten des Kommunismus abgesehen — mit positiven Leistungen am Dienst des neuen Staates beteiligen will. Die Gefahr neuer krampfhafter Erschütterungen, die mit den Sorgen des kommenden Winters wachsen wird, wäre damit auf das denkbar geringste Maß herabgemildert, und die innere Politik Deutschlands wäre für alle absehbare Zeit auf den Weg gewaltloser Entwicklung gewiesen.

Hier zeigt sich ein Ziel, das jeden ernsten Staatsmann locken muß, dessen Wert keiner verkennen kann, der um die Zukunft unseres Volkes ehrliche Sorge trägt. Für die Sozialdemokratische Partei ist dieses Ziel um so erstrebenswerter, als seine Erreichung zugleich eine enorme innere Festigung der politischen Arbeiterbewegung und eine gewaltige Stärkung der Republik gegen ihre Feinde mit sich bringen würde.

Es darf darum nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß die Sozialdemokratische Partei den Beschluß der USP. mit dem größten Ernst behandeln wird, daß sie ihn keineswegs bloß als einen Zug in einem politischen Schachspiel betrachtet, der durch Gegenzüge wieder ausgeglichen wird, sondern daß sie in ihm ein politisches Ereignis erblickt, dem die möglichst weiteste Auswirkung gegeben werden muß.

Die Mindestforderungen, die in dem Antwortschreiben der Unabhängigen aufgestellt werden, halten sich im Rahmen des Möglichen und sind auch alte Forderungen der Sozialdemokratie. Unübersteigbare Hindernisse für die bürgerlichen Parteien, auf sie einzugehen, sind nicht vorhanden: sollte man vielleicht die Sozialisierung des Bergbaues als ein solches betrachten, so wäre daran zu erinnern, daß diese schon im Januar d. J. von einem bürgerlichen Kabinett grundsätzlich beschlossen worden ist, und daß der volksparteiliche Wirtschaftsminister Scholz und der volksparteiliche Schatzminister Raumer damals für sie gestimmt haben!

Die „ausreichende Heranziehung des Besitzes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte" ist auch für die Sozialdemokratische Partei eine Bedingung für ihre Beteiligung an der Steuerarbeit und damit für ihr Verbleiben in der Reichsregierung. Sie ist im Görlitzer Beschluß und in der Entschließung unserer Reichstagsfraktion gefordert ebenso wie die Fortführung der Sozialpolitik, der Schutz der Republik, die Politik der Völkerverständigung. Es ist festzustellen, daß bisher — dies sei ohne alle Ironie bemerkt — keine Partei eine ähnlich weitgehende Bereitwilligkeit gezeigt hat, sich auf den Boden des Görlitzer Beschlusses zu stellen, wie die Partei der Unabhängigen.

Als Ironie könnte diese Feststellung höchstens denjenigen erscheinen, die den Görlitzer Beschluß falsch aufgefaßt haben. Dieser Beschluß richtet sich nämlich, wie hier gleich von Anfang an hervorgehoben wurde, nicht an eine einzelne Partei, sondern an alle, rechts sowohl wie links. Infolgedessen hat er auch nicht die befürchtete Wirkung gehabt, die Kluft in der politischen Arbeiterbewegung zu verbreitern. Man kann sogar erfreulicherweise das Gegenteil konstatieren.

Die Leitung der USP. wünscht vor ihrer endgültigen Entscheidung Klarheit darüber, ob alle Koalitionsparteien bereit sind, mit der USP. eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung der aufgestellten Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet. Die Sozialdemokratische Partei wird selbstverständlich ungesäumt das Erforderliche unternehmen, um diese Klarheit zu schaffen. Das Schwergewicht der Entscheidung liegt somit in diesem Augenblick bei den bürgerlichen Koalitionsparteien. Der Sozialdemokratischen Partei aber fällt die Aufgabe zu, den ehrlichen Mittler zu spielen zwischen den bürgerlichen Koalitionsparteien und der USP. zum Zweck einer Umbildung der Regierung, die die höchste Gewähr für eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Politik in sich trägt.

Werden die Verhandlungen von allen Seiten in der ehrlichen Absicht geführt, das Ziel zu erreichen, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Jedes Ausbiegen aber vom geraden Weg, jedes Zurückschrecken vor einem letzten Schritt, der nur die unvermeidliche Folge des ersten ist, müßte zu Rückschlägen führen, die verhängnisvoll sein könnten. Mit so großen Dingen, wie denen, um die es sich hier handelt, darf nicht bloß gespielt werden. Was als ernstes Unternehmen höchsten Gewinn für das Volksganze verspricht, wäre als bloßes Spiel für alle Beteiligten gefährlich. Es muß von allen Seiten über den Beschluß der Unabhängigen mit jenem Ernst gesprochen werden, der dem tiefen Ernst unserer Lage entspricht.

Legendist Hindenburg.

Das „Hamburger Tageblatt" bringt eine Unterredung mit Hindenburg, in der dieser zunächst für Schwarz-Weiß-Rot eintritt, „denn was ist uns Schwarz-Rot-Gold?" Hindenburg möge sich hierüber bei seinem Gesinnungsfreunde Wulle erkundigen, der im November 1918 die schwarzrotgoldenen Farben als Symbol der deutschen Einigkeit und Freiheit begeistert gepriesen hat. Weiter tritt Hindenburg für Pflege des Geistes der Wehrhaftigkeit ein, „denn das bedeute noch lange nicht Krieg". Schon vor 1914 haben unsere Militaristen immer beteuert, daß ihre Rüstungen nur der Erhaltung des Friedens dienen, und wir wissen ja alle, wie prächtig dieses Ziel erreicht worden ist. Schließlich sagte Hindenburg noch:

Vergeblich wehrt man als Legende ab den Dolchstoß von hinten, und doch haben wir täglich neue Beweise dafür.

Wir möchten dem zunächst gegenüberstellen, daß selbst ein eingefleischter rechtsstehender Militarist wie der Oberst Schwerdtfeger im roten „Tag" vom 13. September (Nr. 214) folgendes geschrieben hat:

Der „Dolchstoß der Heimat" gehört meiner persönlichen Ueberzeugung nach zu den übelsten Errungenschaften der Nachkriegszeit. Ich glaube — auch auf Grund meiner Tätigkeit in der Schuldfrage — für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß mir die Entgiftung der öffentlichen Meinung ehrlich am Herzen liegt, und entnehme daraus die Berechtigung, die Grundlage des Schlagwortes vom Dolchstoß der Heimat einmal genauer zu prüfen.

Am Schluß dieser Prüfung sagt Oberst Schwerdtfeger:

Ich habe geglaubt, diese Auffassung noch einmal im Zusammenhang entwickeln zu sollen, um damit das Schlagwort vom „Dolchstoß der Heimat" in seiner ganzen begrifflichen Unklarheit und Gefährlichkeit zu kennzeichnen. Es wäre ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, daß wir uns dieses Schlagwortes möglichst entledigten. Es dient weder der sachlichen Klärung noch der inneren Sammlung unseres Volkes.

Wenn demgegenüber Hindenburg weiter mit dem Schlagwort des „Dolchstoßes" die öffentliche Meinung zu vergiften sucht, so kann man ihm weniger als irgendeinem anderen dabei den guten Glauben zusprechen. Ist er doch der Verfasser des bekannten Telegramms vom 3. Oktober 1918 an den Reichskanzler. Damals antwortete die Oberste Heeresleitung auf die Anfrage des Prinzen Max von Baden, ob sie sich auch bewußt sei, daß der von ihr geforderte Waffenstillstand binnen 24 Stunden den Verlust Elsaß-Lothringens und der Ostmark bedeute, folgendes: Das sei ihr sehr wohl bekannt, aber mit dem Abschluß des Waffenstillstandes dürfte gleichwohl nicht gewartet werden, denn infolge des Zusammenbruches der mazedonischen Front und der sehr erheblichen Verluste der letzten Wochen bestehe keine Aussicht mehr auf Sieg. Weiter heißt es wörtlich:

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in der Schlacht . . . Die Lage verschärft sich täglich und kann die OHL. zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Jeder versäumte Tag kostet tausenden Soldaten das Leben.

So telegraphierte Hindenburg persönlich am 3. Oktober 1918. Und am 10. November trug er Erzberger telegraphisch auf, den Waffenstillstand auf jeden Fall abzuschließen, auch wenn der Feind sich auf keine Milderung der Bedingungen einlasse. Heute redet Herr Hindenburg vom Dolchstoß. Es ist tief beschämend. . . .

Geschmacklosigkeiten.

In München fand die Jahresversammlung des Deutschen Museums statt. Der Vorsitzende Dr. Krupp von Bohlen gedachte dabei „in ehrenden Worten" des ehemaligen Kaisers Wilhelm, der dem Museum wertvolle Stiftungen zugewendet habe, und des ehemaligen Königs Ludwig, der stets Anteil an dem großen Werke genommen habe. Der Vorsitzende sprach weiter die Hoffnung aus, daß in deutschen Landen trotz der politischen Umwälzungen nie die Liebe zu den Wissenschaften und die Hochschätzung menschenveredelnder Arbeit schwinden möge.

Ueber die Förderung der Wissenschaft durch Wilhelm II. wollen wir mit Herrn Krupp von Bohlen nicht streiten. Notwendig erscheint es uns aber, darauf hinzuweisen, daß die sozialistische Bewegung, die Herr Krupp doch hinter den politischen Umwälzungen meint, schon für jede Förderung der Wissenschaft und der Kultur eintrat, als andere Leute ihren Lebenszweck noch in Pferderennen und Kanonenfabrikation sahen.

Die Monarchisten in der Volkspartei.

In Gumbinnen tagte Ende September die Generalversammlung des Kreisvereins der Deutschen Volkspartei. Man betonte, daß man niemals in ein Kabinett Wirth eintreten werde. Es wurde beschlossen:

„Der Vertretertag der DVP. in Elbing wolle einen Beschluß des Wahlkreisverbandes herbeiführen, daß die Reichstagsfraktion ersucht wird, in eine Regierung Wirth nicht einzutreten und das Bekenntnis zur Monarchie nicht aufzugeben oder abzuschwächen!"

Dieser Beschluß soll dem Parteitag unterbreitet werden.

Der interesselose Oberstaatsanwalt.

Wir teilten vor einiger Zeit den Fall des Oberstaatsanwalts in Glatz mit, der die Strafverfolgung von Selbstschutzjünglingen abgelehnt hat, die einen Breslauer Schriftsteller namens Hanteda-Fleischmann in Bad Langenau überfallen und verprügelt hatten. Der Ueberfall war von mehreren gemeinschaftlich unter Anwendung gefährlicher Werkzeuge und in einer das Leben gefährdenden Weise begangen worden, stellte sich also auf jeden Fall als qualifizierte Körperverletzung dar, bei der der Staatsanwalt zum Einschreiten verpflichtet ist. Trotzdem hat der Oberstaatsanwalt in Glatz den Verletzten auf den Weg der Privatklage verwiesen mit der Begründung, daß der Fall „kein öffentliches Interesse" habe. Hierzu sei noch bemerkt, daß der Ueberfall erfolgt war, weil Hanteda-Fleischmann in einem Artikel seiner Zeitschrift das Auftreten des Selbstschutzes kritisiert hatte.

Auf die Beschwerde des Verletzten hat nun der Generalstaatsanwalt in Breslau unter 3. Z. 607/21 mitgeteilt, daß er den Oberstaatsanwalt in Glatz angewiesen habe, von neuem in die Ermittlung einzutreten und nach deren Abschluß erneut über die Erhebung der Anklage zu befinden. So weit gut. Dagegen betont der Generalstaatsanwalt ausdrücklich, daß er zu Maßnahmen im Dienstaufsichtswege gegen den Oberstaatsanwalt in Glatz keinen Anlaß habe.

Wir finden, daß hier sehr großer Anlaß vorgelegen hätte. Selbst wenn die Erhebung der Anklage im Belieben des Oberstaatsanwaltes gelegen hätte, so war doch die Begründung des ablehnenden Bescheids skandalös, die wieder einmal zeigt, daß das öffentliche Interesse den Justizbehörden jedesmal abgeht, wenn es sich um Exzesse von rechts her handelt. Ueberdies aber war der Oberstaatsanwalt zum Einschreiten verpflichtet, da der Sachverhalt ganz deutlich auf qualifizierte Körperverletzung hinwies. Er hat also das pflichtmäßige Einschreiten einfach verweigert. Um so mehr Anlaß, gegen ihn selber einzuschreiten.

Der Eisenstirnige.

Der einzige Mann in Deutschland, der noch immer die Stirn besitzt, zu leugnen, daß Erzberger von rechtsstehender Seite ermordet wurde, ist der Graf Reventlow. Für ihn ist es noch nicht einmal erwiesen, daß es sich um einen politischen Mord gehandelt hat! Er schreibt in seiner Zeitschrift „Der Reichswart":

Wollte man sich denken, Erzberger und Dietz wären rechtsstehende Politiker gewesen, so würde die linke Presse mit höchstem Stimmenaufwand einen politischen Mord in Abrede gestellt haben. Sie würde vermutlich behauptet haben, daß Erzberger und Dietz miteinander in Streit geraten seien und sich mit den Mehrladepistolen, die sie immer bei sich führten, beschossen hätten. Man würde dunkle Andeutungen über Familienzwistigkeiten, Eheirrungen und ähnliches gemacht haben.

Graf Reventlow hat ganz recht. **Genau so hat es die rechtsstehende Presse gemacht im Falle Gareis (Eifersuchtsmord!) und im Falle Erzberger, ehe die Täter festgestellt waren (Raubüberfall!).** Aber den Fall Gareis scheint Graf Reventlow überhaupt nicht zu kennen, sonst könnte er nicht einige Absätze später behaupten: Schon deswegen könne eine Mordorganisation in München nicht bestanden haben, weil der Mord an Erzberger der einzige gewesen sei! — Es geht nichts über eine eiserne Stirn und ein robustes Gewissen.

Stinnes reist! Vor der Revolution gehörte es im Königlich preußischen Eisenbahnbetriebe zu den üblichen Gepflogenheiten, daß bei Reisen höchster und allerhöchster Herrschaften der gesamte Dienstapparat aufgeboten wurde. Lademeister und alles Streckenpersonal, das Ruhe hatte, mußten unbedingt an ihrem Posten zu finden sein und mit erhöhter Aufmerksamkeit den Zug der höchsten und allerhöchsten Herrschaften verfolgen. Man würde aber die bureaukratischen Seelen nicht richtig einschätzen, wenn man von ihnen nicht glaubt, daß sie sich jetzt nach einem Ersatz für die höchsten und allerhöchsten Reisenden von ehedem umsehen. Wie sie das tun, geht aus einem Telegramm hervor, in welchem die Direktion Köln eine Salonwagenreise des Herrn Stinnes den nachverordneten Behörden meldet.

Nachträglich kamen den Bureaukraten doch noch Bedenken, ob der größte Kriegsgewinnler Deutschlands nun auch so bequem fahren würde, wie es früher bei den höchsten und allerhöchsten Herrschaften unbedingt gefordert wurde. Aus diesen Gründen erging ein weiteres Telegramm:

An Dir. Frankfurt a. M.

Nachr. Dir. Köln—Koblenz Hbf., Köln Hbf., Niederheimbach und Frankfurt Hbf.

Da Vorzug 269 den Anschluß an D. 5 in Köln nicht erreicht, ist kr. Salonwagen Frankfurt 7 für Reise Stinnes an den Schluß des Ez. 111 am 26. 8. einzustellen. Ez. wird zur Aufnahme Stinnes in Niederheimbach ausnahmsweise anhalten. Dir. Frankfurt wird ersucht, kr. Salon 7 in Frankfurt an den Schluß des Ez. 111 einzustellen und Dir. Köln den Wagen auf D. 5 zu überführen. Dir. Mainz 33. Lucht.

Man ersieht daraus, daß der gesamte Eisenbahnbetrieb mit seinem ganzen Telegraphenapparat in den Dienst des Herrn Stinnes eingestellt wird.

Hoffentlich vergißt die zuständige Eisenbahndirektion nicht, sich die besondere Arbeit auch gesondert bezahlen zu lassen.

Der frühere König von Württemberg ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Internationaler Presseverband in Genf. In Genf wurde ein internationaler Presseverband gegründet, dem die beim Völkerbund eingeschriebenen Journalisten aller Länder angehören sollen. Die deutschen Journalisten in Genf wurden sofort zum Beitritt eingeladen. Präsident des Verbandes ist der englische Journalist Wilson Harry. Die erste Generalversammlung, die am 1. Oktober stattfand und an der mehrere deutsche Pressevertreter teilnahmen, beriet über verschiedene Berufsfragen betr. Erleichterung der Berichterstattung bei dem Völkerbund.

Billardspielen.

Von Hans Bauer.

Ich sehe für mein Leben gern dem Billardspiele zu.

Skat mag einbringlicher, Schach geistvoller, Fußball interessanter, Boxkampf männlicher, Tennis vornehmer sein: in einem überragt das Billardspiel alle anderen Spiele: in der Präzisheit Präzisheit der Entscheidung, der Unumstößlichkeit des Spieleffektes.

Bei einem soliden Dreimännerskat hat von Rechts wegen nach der ersten Runde das Schimpfieren einzusetzen. Auch das Schach schafft Unklarheiten. Laßt zehn Meister einunddieselbe Partie kritisieren: sie werden zu verschiedenen Ergebnissen über die Bewertung dieses und jenes Zuges kommen. Ueber Fußball, Boxkampf, Tennis schließlich kann man immer streiten.

Aber es gibt keinen Streit beim Billardspiel. Es wird nicht geschimpft. Es wird nicht getan als geschehe Unrecht, wenn ein Ball nicht kommt. Man sucht nicht beim Mißerfolg den Grund dafür in Verfehlungen des Anderen oder in der Tücke eines widrigen Geschickes: Man erkennt an: Ja, wenn ich nicht traf, dann sag es an mir. Es gibt keine Ausrede.

Vor kurzem sah ich im Café einem Manne beim Spiel zu, der einer der gefürchtetsten Politiker des Lokals ist. Er weist während eines Durchschnittsaufenthaltes 17mal nach, daß wir unter der Monarchie besser daran wären, daß wir den Krieg nicht hätten zu verlieren brauchen, daß Japan übermorgen an Amerika den Krig erklärt. Er reitet alle Gegenargumente wie Porzellanhausen nieder. Nichts verfängt bei ihm. Sagt man ihm: Aber sehen Sie doch! Diese Tatsachen sprechen doch gegen Ihre Behauptungen, dann haut er die Faust auf den Tisch und erläutert, inwiefern das schlimm genug für die Tatsachen sei.

Und dieser Mensch spielte Billard.

Setzte eben zum Stoße an. Setzte falsch an. So konnte der Ball unmöglich kommen. Er mußte mit Vorbande spielen. Aber ich wußte: Spränge ich auf und setzte ihm auseinander, wieso er falsch spielt, er würde sagen, ich verstünde nichts vom Billard, ich sei ein Esel und natürlich käme der Ball.

Jetzt stößt er. Hääh! Und trifft vorbei. Herrgott: wenn der Ball ein Mensch wäre! Wie würde er dem nachweisen, daß er niederniederträchtig und dumm obendrein sei! Aber dieser tote Ball demütigt ihn, duckt ihn. Den muß er anerkennen.

Jetzt rollt der weiße Ball auf den roten zu. Wird er ihn berühren? Auf den Mienen des gefürchteten Politikers spielen Furcht und Hoffnung. Alles an ihm ist Spannung und Ergebenheit. Nein: der weiße Ball berührt nicht, sondern rollt um Fingerbreite vorbei. Der Herr beißt die Zähne aufeinander. Es nützt nichts. Der blöde, elfenbeinerne Ball hat trotzdem recht. Er läßt sich nicht abschrecken durch böse Blicke und unterdrücktes Fluchen. Er achtet nur auf den Stoß und die einschlägigen physikalischen Gesetze. Was will der Herr tun? Er muß nur immer wieder schweigen und anerkennen. Wie ungewohnt und schwer es auch ist. Stoß um Stoß zeigt nach Sekunden schon mit unbarmherziger Härte die Wirkung auf.

Ein seliger Wunsch reckt sich in mir hoch: Wenn doch das immer so wäre, daß die Wahrheit Zug um Zug ans Licht käme, daß es eindeutige Beweise für alles gäbe, daß es sich klar herausstellte, wie recht ich immer habe. — Da! Jetzt wieder beispielsweise! Der Ball ist viel zu tief angesetzt. Er muß mit Linkseffet gespielt werden. So kommt er im Leben nicht. Schwupp. Der Herr stößt. Und der Ball — der Ball trifft! Pfui Teufel! Da hatte ich mich also allen Ernstes geirrt!

Der selige Wunsch verliert etwas an Intensität.

Am Ende — am Ende ist es doch gar nicht so übel, daß die Dinge der Menschen sich im wesentlichen nicht im Bereich der harten Bälle, sondern in dem der schmiegsamen Begriffe abspielen. Auch für mich nicht.

Frauenbildung und Wirtschaftsreform. Die VII. öffentliche Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer hatte zum Auftakt eine öffentliche Volksversammlung in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums. Der Grundgedanke des Abends, der etwa 800 Personen vereinte, war die Darstellung des Doppelten im modernen Menschen: des Rationalen, das alle irdischen Verhältnisse durchdringen und regeln soll, sich aber auf das Reich beschränken muß, was ihm zukommt, und des Irrationalen, das reinlich und klar anerkannt und geachtet werden muß, das aber nicht verlangen darf, wie früher methaphysisch-dogmatisch wirtschaftlich-soziales Leben ordnen zu wollen. Und als Träger dieses neuen Seins, das Rationalistik und Mystik ohne Betrug vereint, soll die Frau, vor allem die proletarische Frau, neue Wege weisen.

Dieser Grundgedanke kam nicht restlos klar zur Darstellung. Prof. Oestreich schilderte großzügig, wissenschaftlich analysierend, soziologisch eingestellt die Entwicklung von der alten zur neuen Familie. Lisa Albrecht gab ein Bild von der Not der proletarischen Mädchen, ohne doch befriedigende positive Lösungen aufzuzeigen, und Pastor Mennicke versuchte das Unsagbare zu sagen und das Wesen der neuen Religiosität, das für ihn jenseits des Bewußtseins — er meinte wohl jenseits der logischen Begreifbarkeit und Beweisbarkeit — liegt, er versuchte dies Wesen der neuen Religiosität begrifflich klarzumachen. — Die Versammlung ging innerlich stark beschäftigt unter Ablehnung einer Diskussion auseinander.

Am 1. Oktober wurde die Tagung in Lankwitz früh 9 Uhr vor vollbesetztem Hause eröffnet. Das Thema des Vormittags war „Volksnot und Frauennot". Prof. Oestreich leitete mit kurzem Wort in den Sinn der Tagung ein: Sie soll ein Versuch sein, durch die Erfassung des Tatsächlichen sich die Einsicht und die Werkzeuge für die Wegbahnung zum Ziel zu verschaffen. Die enge Verbindung von Wirtschaftsleben und Bildungsfragen muß in immer neuer Problemstellung durchgearbeitet werden, um die Atmosphäre zur neuen Schule, zur Produktionsschule zu schaffen. — Darauf behandelte Anna Siemsen das Thema: „Die wirtschaftlich-geistigen Zeitnotwendigkeiten und die Frauenbildung". Sie formulierte die Notwendigkeit für die Frauen in der Weckung des Bewußtseins ihres Berufes als Erhalterinnen und Pflegerinnen des Lebens, als Hüterinnen der menschlichen Gemeinschaft. Sie sollen aus dieser lebendigen und klaren Erkenntnis heraus inmitten unseres gesellschaftlichen Verfalls und gegen lebensfeindliche Richtungen der Umgestaltung der Gesellschaft und dem Werden der menschlichen Gemeinschaft dienen. Alexander Rüstow analysierte genauer die weltgeschichtliche Aufgabe der Frau. Endlich müsse die Vollwertigkeit der Frau neben der bisher gewaltsam geübten Männerherrschaft errungen werden. Ilse Müller-Oestreich brachte die praktische Ausmünzung des allgemeinen Problems, indem sie entwickelte, wie die Frau für wirtschaftliche Funktionen erzogen werden müsse. Es handle sich um Erkenntnis der volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und — Hand in Hand damit — um Weckung des Verantwortungsbewußtseins beim wirtschaftlichen Handeln.

Ueber die deutsche Donau spricht Emma Kottmann in der Urania. In prächtigen Bildern ziehen die Ufer dieses sagenumwobenen Flusses an uns vorüber. So herrlich die Bauten der Gothik und des Barock sein mögen, die an den abwechselungsreichen Ufern emporragen, eindrucksvoller und ergreifender ist doch die Landschaft, duch die dieser Fluß sein Bett gegraben hat. Diese Fahrt in der „blauen" Donau (der Ungar nennt sie richtiger die „blonde") erreicht ihren Höhepunkt in der goldenen Wachau und ruft die Sehnsucht wach, dort zu wandern und zu schauen. Wiens Bauten, von denen der Stephansturm das Wahrzeichen der alten Stadt ist, und auch die herrliche Umgebung, lassen die Liebe verstehen, die der echte „Wiener" zu seiner Heimat hegt.

Ein schwedisches Forschungsinstitut für Rassenbiologie. Mit Unterstützung des schwedischen Parlaments ist in Upsala eine Forschungsstätte für Rassenbiologie ins Leben gerufen worden, deren Leitung Prof. Lundborg übertragen wurde. Die Aufgabe des Instituts ist es, die Erblichkeit krankhafter Anlagen, Geistes- und Nervenkrankheiten, Disposition für Tuberkulose und Krebs, Mißbildungen usw. zu studieren und aufzuklären. Es wird eine anthropologische, besonders kriminell-anthropologische Abteilung angegliedert, die sich mit diesen Fragen bei den Verbrechern beschäftigt. Auch experimentelle, biologische und pathologische Abteilungen sind vorgesehen. Geplant ist ferner eine ständige Ausstellung von erbkundlichen Schaustücken, Ahnentafeln, Rassetypen und ihren Kreuzungen.

Volksbühne E. V. Am Donnerstag finden die diesjährigen Mitgliederversammlungen der Volksbühne E. V. statt, und zwar für die Abteilungen 1—45 im Gewerkschaftshaus, 46—90 in den Musikersälen, 91—125 im Rosenthaler Hof, 126—175 in Boekers Festsälen und 176—206 im Englischen Hof.

Kunstgewerbemuseum. Im Lichthof haben die wichtigsten Berliner Berufs- und Liebhaber-Photographenvereine eine Auswahl mustergültiger neuzeitlicher Photographien zu einer ersten Jahresausstellung „Berliner Photographie" vereinigt. Ferner sind dort Arbeiten der im Schloß Pillnitz eingerichteten Werkstätten für Bildwirkerei ausgestellt, von denen die Wandteppiche für das Kreishaus in Ratzeburg von Marda Sobrowitz hervorzuheben sind.

Ueber 500 Tote in Oppau.

Mannheim, 3. Oktober. (WTB.) Nach der achten und neunten Totenliste ist die Zahl der erkannten Toten auf 373 gestiegen. Unerkannte Tote werden jetzt 75 gezählt. Die Zahl der Vermißten beträgt nach der letzten Veröffentlichung 177.

Sozialistensieg in Schweden.

Gewinn: 24 Mandate.

Stockholm, 2. Oktober. (WTB.) Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages liegt jetzt vor. Die Sozialdemokraten haben 640 000 Stimmen und 93 Mandate (früher 75) erhalten, die Konservativen 454 000 Stimmen und 62 (früher 71), die Liberalen 332 000 Stimmen und 41 Mandate (früher 48), der Bauernbund 185 000 Stimmen und 21 Mandate (früher 29), die Linkssozialisten 6 Mandate (früher 5) und die Kommunisten 7 Mandate (früher 2). Die bürgerlichen Parteien haben also zusammen 24 Mandate an die sozialistischen und kommunistischen Parteien verloren.

Genf, 3. Oktober. (EP.) Der Führer der schwedischen Delegation, Branting, der zum Ministerpräsidenten in Schweden ausersehen ist, hat gestern Genf verlassen, um sich nach Stockholm zu begeben.

Clemenceaus große Rede.

Paris, 2. Oktober. (WTB.) Georges Clemenceau hielt heute bei der Einweihung des ihm in St. Hermine in der Vendee errichteten Denkmals eine politische Rede, in der er sagte, das heutige Fest sei ein Fest des siegreichen Vaterlandes. Es sei offenkundig, daß der Tag der Prüfung für die Allianz gekommen sei, sobald die Waffen den Händen des Feindes entfallen seien. Frankreichs Richtschnur sei, nicht zu beherrschen und nicht beherrscht zu werden; ein Friede der Billigkeit für jedermann. In Versailles habe man Deutschland auf die Knie gezwungen. Warum habe man ihm gestattet, das zu vergessen? Man habe Deutschlands Unterschrift für Verpflichtungen erlangt, die nicht mehr zählen. Nach dem Wortlaut des Friedensvertrages hätten die „Verbrecher" der deutschen Armee von den Ländern abgeurteilt werden müssen, was sei daraus geworden? Richter und Beschuldigte, die Banditen von Leipzig, seien im Triumph herumgetragen worden, ihre Opfer habe man ausgepfiffen. Nach der vollkommenen Begleichung der Reparationen, die Deutschland für seine barbarischen Verwüstungen schulde, stehe nichts höher als das Interesse der Sicherheit Frankreichs. Um den Frieden aufrechtzuerhalten, hätten Frankreichs Alliierte die Notwendigkeit begriffen, ihm ihren Beistand anzubieten, ohne zu warten, daß der französische Unterhändler ihn verlangt hätte. Sie hätten Verpflichtungen unterzeichnet, von denen eines Tages die Rede sein werde. Er sehe wohl ein, daß man den Weltfrieden sicherstellen wolle bis zum äußersten Osten. Aber der pazifische Ozean sei sehr weit und die deutsche Grenze sehr nahe. Die Washingtoner Konferenz könne bei der augenblicklichen Lage der Dinge eine schöne Gelegenheit finden, die Fehler der Ausführung wieder gutzumachen. Gebe es jemand, der nicht erkenne, daß eine finanzielle Niederlage Frankreichs in diesem Augenblick für Frankreich die gleichen Folgen wie eine Niederlage der Waffen haben würde? Es gebe keine alliierte Regierung, die aus Gründen eines umfangreicheren Verkehrs die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit auf Kosten Frankreichs begünstigen wolle. Denn das wäre Verrat. Frankreich verzichte ebensowenig auf die Anerkennung des ihm Geschuldeten wie auf die Bürgschaften für seine Sicherheit. Frankreich müsse gemäß dem Friedensvertrag das Vorrecht der Reparationsschuld vor allen deutschen inneren Schulden verlangen. Es müsse gemäß dem Friedensvertrag fordern, daß jeder Deutsche wenigstens ebensoviel Steuern zahle wie jeder Franzose. Jede Verminderung der finanziellen Verpflichtung Deutschlands dadurch, daß man ihm die Gesamterfüllung erleichtere, verringere zu gleicher Zeit die Bürgschaften für die Sicherheit, deren Verlängerung nach dem Wortlaut des Friedensvertrages als Strafe für Verfehlungen von seiten Berlins zulässig seien.

Der Feier der Enthüllung des Denkmals für Clemenceau wohnte kein Vertreter des Ministeriums, sondern lediglich einige der ehemaligen Mitarbeiter Clemenceaus wie Tardieu, Klotz, Ignace, Deschamps sowie Vertreter der örtlichen Behörden bei.

Eine symbolische Wahl in Paris.

Paris, 3. Oktober. (WTB.) In einer Nachwahl zum Munizipalrat wurde in Paris der wegen Meuterei bei der Schwarzmeerflotte verurteilte Kommunist Marty gegen einen von den Radikalen aufgestellten Kandidaten mit 4574 gegen 1644 Stimmen gewählt.

André Marty war als Deckoffizier an Bord eines kleinen Kriegsschiffes Führer jener Meuterei, die in der Schwarmeerflotte im Frühjahr 1919 vor Odessa ausgebrochen war. Odessa war damals in die Hände der Bolschewiki gefallen und die französische Flotte erhielt den Befehl, die Stadt zu beschießen. Die meisten Besatzungen weigerten sich, dem Befehl Folge zu leisten mit der Begründung, daß eine Kriegserklärung zwischen Frankreich und Rußland nicht bestehe und daher eine solche Beschießung verfassungswidrig wäre. Der kommandierende Admiral ließ die Flotte nach Frankreich zurückkehren, nachdem er sein Ehrenwort gegeben hatte, daß keinem der Meuterer etwas geschehen würde. Kaum waren sie jedoch wieder in Toulon, wurden 17 Rädelsführer verhaftet und zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, vor allem der Deckoffizier Marty zu zwanzig Jahren. Seitdem führten die Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaftler und selbst linksstehende Bürgerliche einen zähen Kampf für die Begnadigung und Freilassung der Verurteilten, insbesondere des geistig und moralisch sehr hochstehenden Marty. Bei der gestrigen Wahl, die in dem reinen Arbeiterviertel Charonne stattfand, war Marty gemeinsam von den Kommunisten und Sozialisten aufgestellt. Ob seine Wahl als Gemeinderatsmitglied an sich genügt, um die Freilassung zu erwirken, steht noch nicht fest, doch der moralische Druck dieser Demonstration ist jedenfalls nicht zu unterschätzen.

Koalitionsrecht und Berufssoldaten. Unter diesem Titel hat der ehemalige Vorsitzende des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten, Otto Franke, im Verlag Albert Nauck, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 28, eine Schrift herausgegeben. (Preis 12 M.) Sie bietet — von kundiger Feder geschrieben und mit zahlreichem authentischen Material belegt — einen nicht unbeachtlichen Beitrag zur Geschichte der Reichswehr. Mit den Schlußfolgerungen des Verfassers können wir uns allerdings nicht einverstanden erklären. Franke gelangt dazu, unter Verleugnung seiner früheren Bestrebungen die Existenz einer Berufsinteressenvertretung von Reichswehrangehörigen völlig zu verneinen. Er achtet das Bündewesen für eine Episode, deren Zeit nun vorüber sei. — Wir erblicken in dem durch den Reichswehrminister Geßler erfolgten Verbot auch der gänzlich verfassungstreuen Organisationen, namentlich auch des RDB., einen verhängnisvollen militärpolitischen Fehler, der nur dazu führen wird, daß der Geist der Reaktion weiter um sich greift. Je mehr die Reichswehrangehörigen von der Außenwelt abgeschnitten werden, um so stärker wird der geistige Einfluß jener reaktionären Offiziere steigen, die in ihrer Anschauungswelt noch rechts von der deutschmonarchistischen Partei stehen, wie wir z. B. bei der Küstenwehrabteilung Borkum deutlichst erlebt haben.

Die britische Admiralität hat eine Mitteilung der Revaler Hafenbehörde erhalten, wonach alle russischen Häfen wegen der Cholera für gefährlich erklärt sind.

Wirtschaft

Unternehmerschwindel.

Die „Bergwerkszeitung", das Organ der rheinisch-westfälischen Montanindustrie, meldet unter dem 22. September aus New York:

Amerikanische Bunkerkohlenpreise. Folgende Aenderungen sind in den Bunkerkohlenpreisen in Amerika eingetreten:

	Doll. per ton	M.
New York	6,00	600
Philadelphia	6,25	625
Baltimore	6,25	625

Zwei Seiten später findet man die Devisenkurse. Hier steht: 1 Dollar (am 28. 9.) = 126,87 M. 6 Dollar wären danach 771,22 M., nicht 600 M., wie es in der Meldung heißt.

Das Mißverständnis erklärt sich daraus, daß die Montanindustrie eine Erhöhung der Kohlensteuer gern vermeiden möchte.

Wozu im Interessenkampf eine bewußte Unwahrheit gerade gut genug ist.

Produktive Erwerbslosenfürsorge in der Schweiz. Der schweizerische Bundesrat beschloß, zur Minderung der Arbeitslosigkeit notleidende Betriebe zu unterstützen, unter der Voraussetzung, daß kein Personal entlassen wird und das Unternehmen selbst mit Verlusten arbeiten würde. Die Staatsbeihilfe darf die Höhe der sonst an Arbeitslosenunterstützung zu zahlenden Summe nicht überschreiten.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat gegen ein Zuckermonopol. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich mit der Frage der Einführung eines Zuckermonopols, die in einer Rede des Reichskanzlers gestreift worden ist und zu der eine Eingabe der Hamburger Handelskammer vorlag. Der Ausschuß sprach sich in einer längeren Entschließung einstimmig gegen die Einführung eines Zuckermonopols aus.

Groß-Berlin

Die Hausbesitzer im Wahlkampf.

Für sie hängt „ihre Zukunft" davon ab.

Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen rüsten diesmal mit größtem Eifer die Hausbesitzer. Ihnen ist die Republik und die „Herrschaft der Roten" ganz besonders verhaßt, weil bei der großen Umwälzung auch das die werktätige Bevölkerung brutal entrechtende Dreiklassensystem der Gemeindewahlen samt dem in Großstädten längst zum Skandal gewordenen Hausbesitzerprivileg endlich fiel.

Die Hausbesitzer haben ihre Sache nicht verloren gegeben, sondern haben in rühriger Arbeit ihren schon immer sehr stark gewesenen Einfluß auf die bürgerlichen Parteien noch zu steigern verstanden, so daß sie jetzt bei allen Bürgerlichen, von den Deutschnationalen bis zu den Deutschdemokraten, das geforderte Entgegenkommen finden. Auf den Kandidatenlisten für die Stadtverordnetenwahlen haben die bürgerlichen Parteien den Hausbesitzern nicht die schlechtesten Plätze eingeräumt, und unter den Persönlichkeiten, denen auf diese Weise zum Zweck wirksamer Förderung der Interessen des Hausbesitzes der Weg ins Rathaus geebnet werden soll, sehen wir einige der Zielbewußtesten.

Ein vom Vorsitzenden des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine unterzeichneter Aufruf an die Hausbesitzer weist darauf hin, daß auf einmütigen Beschluß der Delegiertenversammlung des Bundes ein Wahlfonds gesammelt wird, an den jeder Hausbesitzer mindestens 15 Mark und womöglich mehr zahlen soll. Dieser Aufruf hebt hervor, daß von dem Ausgang der Wahlen „die Zukunft des Berliner Hausbesitzes abhängt." Die Hausbesitzer werden sich das gesagt sein lassen, aber hoffentlich wird auch die große Masse der zur Miete wohnenden Bevölkerung daraus die Mahnung entnehmen, daß sie nicht so dumm sein darf, den die Hausbesitzerinteressen fördernden bürgerlichen Parteien bei den Wahlen ihre Stimme zu geben.

Schwerer Raubüberfall in Wannsee.

Als am gestrigen Sonntag morgens gegen 7 Uhr ein Angler die Große Seestraße in Wannsee entlang ging, bemerkte er im Wasser einen Mann, der mit den Wellen kämpfte. Er machte Ruderer, die sich in der Nähe befanden, auf ihn aufmerksam und diese brachten den Mann ans Land. Jetzt stellte sich heraus, daß er eine schwere, wahrscheinlich von einem Schlage herrührende Verletzung am Kopfe und zwei Messerstiche unterhalb der Herzgegend hatte. Der Schwerverletzte, ein Postassistent Friedrich Gerhardt aus der Adalbertstr. 54 zu Berlin, konnte nur kurz angeben, daß er von unbekannten Männern überfallen, ausgeplündert und, nachdem sie ihm die Verletzungen beigebracht hätten, in den See geworfen worden sei. Er wurde nach dem Kreiskrankenhause zu Lichterfelde gebracht, konnte jedoch nicht vernommen werden, da er die Besinnung vollständig verloren hatte. Die Verletzungen sind sehr schwerer Natur.

Die anderweitigen Ermittlungen haben ergeben, daß Gerhardt, der beim Postamt 36 angestellt ist, schon am Sonnabend morgen nach Wannsee hinausgefahren ist. Er ist dort auch schon vormittags gegen 9 und auch abends gegen 9 Uhr am Schwedischen Pavillon gesehen worden. Wo er sich die Nacht über aufgehalten hat, weiß man noch nicht. Das Verbrechen kann nur am Sonntag morgen verübt worden sein. Was dem Beamten geraubt worden ist, steht gleichfalls noch nicht fest. Es fehlt die Brieftasche, die, wie Gerhardt bei seiner Rettung kurz angeben konnte, mehrere hundert Mark enthalten haben soll.

Kundgebung der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der Internationale Bund der Kriegsopfer hatten am gestrigen Sonntag vormittag ihre Mitglieder zu einer Kundgebung gegen die Teuerung in der Unionsbrauerei in der Hasenheide zusammenberufen. Die Redner der beiden Organisationen betonten, daß eine Einheitsfront zwischen den beiden Bünden hergestellt sei, um die wirtschaftlichen Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wirksamer zu vertreten. In einer Entschließung wurden die Angebote des Reichsarbeitsministeriums für die Kriegsverletzten und die Hinterbliebenen als vollständig ungenügend bezeichnet. Es wurde die sofortige Auszahlung einer Beihilfe in Höhe von drei Monatsraten gefordert. Ferner wurde eine gründliche Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes gefordert und eine Erhöhung der Teuerungszulagen. Weiterhin wurde in der Entschließung verlangt, daß die neuen Renten ohne ärztliche Untersuchung in demselben Maße, wie sie das alte Versorgungsgesetz vorsieht, weitergezahlt werden. Endlich wurde verlangt, daß sich der Reichstag mit den berechtigten Forderungen der Kriegsteilnehmer befaßt und den Vertretern der Kriegsopfer Gelegenheit zu einem mündlichen Vortrag vor dem Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen gebe.

Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein aus etwa 5000 bis 6000 Personen bestehender Demonstrationszug, der nach dem Wittenbergplatz und dem Zoologischen Garten zog. Voran wurden Voll-Kriegsverletzte gefahren, dann folgte ein Leierkastenmann und endlich die einzelnen Abteilungen der beiden genannten Organisationen, die Schilder mit sich führten, auf denen gegen das Versorgungsgesetz und das „Dreiklassensystem" der Kriegsbeschädigten protestiert wurde.

Die Meisterschaft der Zeitungsfahrer.

Zum zweiten Male seit der Gründung der Meisterschaften der Zeitungsfahrer traten am gestrigen Sonntag diejenigen Radfahrer zum Konkurrenzfahren an, welche Beruf und Sport im Leben vereinigen. Es sind die bekannten, das Straßenbild in eigenartiger Weise kennzeichnenden Radfahrer, die mit ihren hochgepackten Rucksäcken den Zeitungshändlern den Lesestoff für das Publikum zutragen. Um 1 Uhr war Rendezvous am Großen Stern im Tiergarten und von hier aus setzte sich ein unübersehbarer Zug von Radfahrern zum Startplatz im Stadion in Bewegung. Dort trafen die 50 als Amateure und 150 als Berufsfahrer geltenden Wettbewerber um die Meisterschaft an. Die zu durchfahrende sogenannte Havelstrecke führte durch den Grunewald und mußte zweimal von den Führern zurückgelegt werden. Zwischen den beiden Runden war eine einmalige Umfahrung der Stadionbahn vorgesehen, der sich nach der zweiten Umfahrung der Havelstrecke eine Schlußrunde anreihte, so daß insgesamt 42 Kilometer Fahrleistung verlangt wurde. Von den Amateuren, welche um 3 Uhr vom Start abgelassen wurden, trafen um 3 Uhr 43 Minuten etwa 20 zur Zwischenrunde im Stadion ein. Zur Schlußrunde auf dem Stadion zeigte die Spitzengruppe nach der zweiten Havelrunde nur noch 9 Fahrer. Den ersten Platz belegte der Straßenfahrer Bongardt, Zweiter wurde Albert, Dritter Wilsky. Dobbrack (Z.Z.), der vorjährige Sieger, mußte bei der zweiten Havelrunde auf der Hälfte des Kaiser-Wilhelm-Berges absteigen, um seine Lenkstange festzuschrauben und kam dadurch auf den 14. Platz. Die Entscheidung bei den Berufsfahrern fiel schon in der Mitte der ersten Runde. Geführt von Otto und Oskar Tietz an der Spitze kam die Spitzengruppe der Berufsfahrer zur Zwischenrunde auf der Stadionbahn an. Zur Schlußrunde traf Otto Tietz allein auf der Stadionbahn ein, nachdem sein Bruder Oskar Tietz Reifenschaden erlitten hatte und dadurch ausfiel. Der Sieg von Otto Tietz, der auch voriges Jahr den ersten Platz belegte, war überwältigend, erst 5 Minuten später traf Holzfuß als Zweiter ein.

Zu bedauerlichen Zwischenfällen kam es gestern, worüber die Montagsblätter erklärlicherweise mit breitester Ausführlichkeit berichten, gelegentlich des Streiks der Gastwirtsangestellten. So im Hauptrestaurant im Zoo, wo es zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei kam, und in der Gegend der Friedrichstraße, wo die Streikenden Streikbrecher an der Arbeit verhindern wollten und sich zu Tätlichkeiten gegen die Gäste hinreißen ließen.

Ein Mordgerücht war gestern vormittag in Weißensee verbreitet. Bei dem Grundstück Lichtenberger Str. 15, in der Nähe der Hohenschönhauser Feldmark, war ein zunächst unbekannter Mann erschossen aufgefunden worden. Eine Frau, die in der Nähe wohnt, bekundete, daß sie in der Nacht drei Schüsse habe fallen hören, und zwar zwei kurz hintereinander, den dritten dann nach wenigen Minuten. Die Feststellungen der Kriminalpolizei ergaben jedoch, daß ein Selbstmord vorliegt. Der Tote ist ein Arbeiter Willi Lutz aus der Gustav-Adolf-Straße 26 zu Stettin.

Die billige Petroleumquelle. In der Köpenicker Landstraße war vorgestern nachmittag ein Petroleumwagen umgestürzt. Bald fanden sich Erwachsene und Kinder mit Eimern und Töpfen ein und probierten an dem Auslaßhahn des Wagens solange herum, bis die Petroleumquelle lieblich sprang. Schließlich öffnete der Petroleumkutscher, wohl damit die Umstehenden nicht allzu billig in den Besitz von Petroleum kommen sollten, den großen Verschlußdeckel und ließ den gesamten Wageninhalt in den Sand laufen. Als endlich die Feuerwehr erschien, um den eisernen Wagen wieder aufzurichten, war das Petroleum bis auf den letzten Tropfen verschwunden.

Die Gebühren für ein Paßvisum nach Schweden. Wie die Paßabteilung der Königlich schwedischen Gesandtschaft in Berlin der Dena mitteilt, haben Staatsangehörige des Deutschen Reiches für eine Reise nach Schweden, sofern die Reise den Besuch von Eltern, Kindern oder Geschwistern gilt, 9 Kronen an Visierungsgebühren zu zahlen, in allen sonstigen Fällen 15 Kronen. Die Visierungsgebühren werden nur in deutscher Währung erhoben. Der Kurs wird von der Königlich schwedischen Gesandtschaft jeweilig festgelegt.

Falsche Krankenkontrolleure. In neuerer Zeit tauchen in verschiedenen Stadtteilen bei erwerbsunfähig Kranken Personen beiderlei Geschlechts auf, die sich als Krankenbesucher oder Oberkontrolleure der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin ausgeben. Es geschieht dies offenbar in betrügerischer Absicht. Die Beamten der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin sind jeder mit einem von der Direktion unterschriebenen und gestempelten Ausweis, dem das Bild des betreffenden Angestellten beigefügt ist, versehen. Es empfiehlt sich dringend, von jeder Person, die angibt, im Auftrage der Kasse zu handeln, Vorzeigung der Legitimation zu verlangen und wenn dieselbe nicht beigebracht werden kann, die Verhaftung des Betreffenden herbeizuführen.

Die Zahl der Fernsprechverbindungen hat infolge der Verteuerung und der Einführung der Zählung der geführten Gespräche sofort enorm abgenommen und es wird eine weitere Abnahme der ausgeführten Verbindungen zweifellos stattfinden. Dagegen hat die Zahl der falschen Verbindungen leider nicht abgenommen. Wenn diese „Verbindungen" abnehmen, wäre es ein Segen.

Die Künstlergruppe Südwest des Wirtschaftsverbandes bildender Künstler veranstaltet unter der Bezeichnung „Der Parthenon" in Tempelhof, Albrechtstr. 103, im Oktober eine Ausstellung von Werken der Malerei, Bildhauerei, Architektur, Graphik und des Kunstgewerbes. Die Ausstellung ist werktäglich 11—6, sonntäglich 10—2 Uhr geöffnet. Eintritt frei.

Zentralverband der Angestellten. Heute 7½ Uhr Chirurgie-Mechanik Mitgliederversammlung, Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Dienstag 7½ Uhr Rahmen-Bilder-Spiegel: Mitgliederversammlung, „[illegible]", [illegible]str. 61.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

[illegible] Abt., Charlottenburg. Montag, den 3. Oktober, abends 7½ Uhr, bei Rohne, Schloßstr. 45: Funktionärsitzung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag.

Sport.

Rennen zu Mariendorf, 2. Oktober. 1. Rennen: 1. [illegible] Bingen (Feiler), 2. Siegm. Silver (Lautenberg), 3. Miß Gregor (C. Treuberg). Tot.: 101:10, Pl. 43, 200, 41:10. Ferner liefen: Fanch II (4), Baron Zobitz, Ella, Ethelbert, Friedensware, Pontresina Rose Sphinx, Verdun, Klaus, Silverius, Zukunft, Eduard I, Goldstern, Favorita I, Hoffnung I, Urlaub. — 2. Rennen: 1. Rola River (A. Mills), 2. Hartstein (Steinagel), 3. Heiderose B. (Eichler). Tot.: 21:10, Pl. 15, 49, 30:10. Ferner liefen: Gänger, Günstiefel, M. B., Long Paulin, Heidemann, True Fox, Immo I, Mirabilis I, Gassenmädel, Hannesliebe, Agl, Abris Tum. — 3. Rennen: 1. Seewind (Heubrin), 2. Cybira (Rogowsky), 3. Kriegsminister (Greens). Tot.: 26:10, Pl. 15, 38, 15:10. Ferner liefen: Kiter W., Ata, Friedenspalme, Blankriese, Ingrid Kuser, Wilhelmine, Long Carl, Freiheit, Erich I, Harald I, Odysseus, Falter. — 4. Rennen: 1. Orba (Greens), 2. Edelfochter (Weiß), 3. Constantin the Great (Großmann). Tot.: 74:10, Pl. 18, 15, 18:10. Ferner liefen: Cleo Kuser, Lady Marion, Jung Bergfried, Mücke, Tootsie Tosse, Union Boy, Donna Todd, Fainer Woodl, Miß Toots, Black Jim jr. II. Stechen: 1. Orba (Greens), 2. Constantin the Great (Großmann), 3. Edelfochter (Weiß). Tot.: 34:10, Pl.: 16, 13, 13:10. Ferner liefen: Lady Marion, Donna Todd, Fainer Woodl, Union Boy, Mücke, Tootsie Tosse, Black Jim jr. — 5. Rennen: 1. Fiedel (Gins), 2. Anion, 3. Finale I. Tot.: 74:10, Pl.: 30, 67, 25:10. Ferner liefen: Floris A., Kammerfrih, Wasserfahrt, Bobby, Corsar, Lip Kuser, Dr. Peekboog, Volkslied, Jupiter III, Sigurd, Erbschleicher, Holsteinerin II. — 6. Rennen: 1. Eilzug (Feiler), 2. Flieger I, 3. Dolomit. Tot.: 28:10, Pl.: 11, 16, 19:10. Ferner liefen: Toni H., Cebrus, Durchbruch, Nimbler, Crueus. — 7. Rennen: 1. Prachtmädel (Großmann), 2. Wohlstall, 3. Dr. Chelica. Tot.: 31:10, Pl. 14, 27, 19:10. Ferner liefen: Respekt, Erbprinz I, Karla, Feuerball, Gudrun II, Albanier, Prekusa, Albatros, Emigré.

Gewerkschaftsbewegung

Die Amsterdamer Mitgliederzahlen.

(IGB.) Die Gesamtzahl der Mitglieder der bei dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen betrug am 1. Juli 1921: 23 907 059.

Die angeschlossenen Organisationen sind mit folgenden Mitgliederzahlen daran beteiligt:

Deutschland 8 000 000, Großbritannien 6 600 000, Italien 2 055 773, Frankreich 1 500 000, Oesterreich 1 000 000, Argentinien 749 518, Tschechoslowakei 740 000, Belgien 718 410, Polen 403 138, Dänemark 279 255, Schweden 277 242, Kanada 260 000, Spanien 240 113, Schweiz 223 588, Niederlande 216 381, Griechenland 170 000, Ungarn 152 441, Norwegen 150 000, Südafrika 60 000, Lettland 30 000, Luxemburg 27 000, Jugoslawien 25 000, Peru 25 000 und Bulgarien 4000.

Krise in der Gesundheitsindustrie!

Bei den Tarifverhandlungen in der „Gesundheitsindustrie" trat das Bestreben der Arbeitgeber klar zutage, nach außen hin den Eindruck der Verhandlungsbereitschaft zu erwecken, in Wirklichkeit aber von vornherein jede Möglichkeit einer direkten Verständigung zu sabotieren. Die Taktik der Arbeitgeber geht dahin, jede Differenz vor den Schlichtungsausschuß zu bringen. Sie kalkulieren auf Grund der von den Schlichtungsausschüssen in letzter Zeit geübten Praxis, daß dort die zwischen der Forderung der Arbeitnehmer und dem Angebot der Arbeitgeber bestehende Differenz in der Regel halbiert wird. Sie unterlassen es deswegen, der Forderung der Arbeitnehmer ein Angebot gegenüberzustellen, um die halbierte Summe möglichst niedrig zu halten.

Die jüngst im „Alexandriner" versammelten Mitglieder der „Gesundheitsindustrie" kamen nach dem Bericht des Kollegen Günther vom Afa-Bund über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu der Auffassung, daß diese Absicht der Arbeitgeber unter allen Umständen zuschanden gemacht werden müsse. Sie beschlossen einmütig, die Arbeitgeber aufzufordern, bis zum Mittwoch ihre Verhandlungsbereitschaft zu erklären und bis dahin ein zahlenmäßiges Gegenangebot vorzulegen.

Sollte das nicht geschehen, so sind sie entschlossen, den ihnen aufgezwungenen Kampf einmütig aufzunehmen und geschlossen durchzuführen.

Heute finden in allen Betrieben der „Gesundheitsindustrie" Urabstimmungen über den Eintritt in den Streik statt. Das Ergebnis dieser Abstimmungen ist sofort an das Ortskartell Groß-Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 7—10 III, zu berichten.

Zum Streik im Gastwirtsgewerbe.

Bis gestern abend hatten 245 Betriebe mit 3500 Angestellten die Forderungen anerkannt. Wahrscheinlich werden auch die Angestellten von Esplanade in den Streik mit eintreten. Heute nachmittag demonstrieren die Streikenden und Ausgesperrten im Lustgarten.

Ein rabiater Unternehmer.

Der Fuhrherr Franz Goschke, Berlin, Elisabethstr. 42, hatte die bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer, nachdem sie durch den Betriebsobmann und die Verbandsleitung Anspruch auf die gesetzliche und tarifliche Arbeitszeit von täglich 8 Stunden erhoben bzw. Bezahlung der Ueberstunden verlangten, sämtlich mit 14tägiger Kündigungsfrist per 21. September 1921 gekündigt. Doch nur dem Obmann wurden am 21. September 1921 die Entlassungspapiere ausgehändigt. Offenbar um die Folgen einer direkten Maßregelung des Betriebsobmannes zu vermeiden, eröffnete Herr Goschke demselben: „Sie können bei mir zur Aushilfe weiter arbeiten," womit sich dieser, des lieben Friedens willen, zufriedengab.

Jetzt setzte aber die Drangsalierung des Obmanns in erhöhtem Maße ein. Man trug ihm die schlechtesten Arbeiten auf und bedachte ihn mit allerhand Kosenamen, um ihn zu veranlassen, selber das Arbeitsverhältnis aufzugeben. Das gelang denn auch binnen drei Tagen.

Als nun R., der zirka 1 Jahr bei der Firma beschäftigt war, ein Zeugnis beanspruchte, in welchem die Firma der Wahrheit gemäß bescheinigen sollte, daß er bereits am 24. September 1921 entlassen worden ist, wurde ihm dies verweigert.

Um die Ausstellung eines anderen Zeugnisses in Güte zu erlangen, begab sich R. mit einem Vertreter des Transportarbeiterverbandes zu Goschke. Dieser ließ sich erst verleugnen, stürzte dann aber mit seinem 20—22 Jahre alten Sohn aus der Tür, brüllte wie ein Besessener: „alle beide raus aus meinem Haus", stieß den Obmann vor die Brust, schlug in rabiater Weise auf ihn ein, so daß dessen ganzes Gesicht zerschrammt und vollkommen mit Blut besudelt war. Erst das Dazwischentreten mehrerer Straßenpassanten konnte die Helden von ihrem Opfer abbringen.

Es wird dem Herrn Goschke klargemacht werden, daß er Arbeiter nicht als Sklaven, sondern als Menschen zu behandeln hat. Wir empfehlen den Betrieb von Goschke, in dem eine Arbeitszeit von 16 Stunden täglich und darüber ohne Ueberstundenbezahlung dauernde Einrichtung ist, der Gewerbeaufsicht zur Kontrolle. Auch können wir dem Verein der Fuhrherren für Lebensmittel der Zentralmarkthalle zu seinem Mitgliede G. gratulieren. Der Verein wird an diesem Herrn noch viel Erziehungsarbeit zu leisten haben.

Zum Lohnkampf im Einzelhandel.

Die Lohnverhandlungen im Einzelhandel wurden bekanntlich von den Angestellten abgebrochen, weil die Arbeitgeber sich weigerten, die Forderungen zu bewilligen. Inzwischen sind die Verhandlungen aber wieder aufgenommen worden und haben zu einem Angebot der Arbeitgeber geführt, das am Sonnabend von der Tarifkommission einer Funktionärversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet wurde. Den Bericht gab Grete Weinberg. Daraus ging hervor, daß die Arbeitgeber sich schließlich bereit erklärt haben, ab 1. September bis 31. Dezember in nachstehende Zulagen zu bewilligen: Die Löhne der Lehrlinge sollen von 165 bis 220 und 285 M. auf 200 bis 250 und 350 M. erhöht werden, die der Jugendlichen von 255 bis 315 und 385 M. auf 340 bis 400 und 500 M.

Gruppe I (Angestellte über 18 bis 20 Jahre) von 630 bis 665 und 700 M. auf 760 bis 800 und 840 M. Die Angestellten über 20 Jahre sollen jetzt 975 bis 1415 M. erhalten.

Die Löhne in Gruppe II sollen von 920 bis 1350 M. auf 1150 bis 1690 M. erhöht werden, die in Gruppe III von 1070 bis 1520 M. auf 1315 bis 1865 M. und die in Gruppe IV von 1550 bis 2000 M. auf 1860 bis 2400 M.

Da die Zulagen ab 1. September bis 31. Dezember tariflich festgelegt werden sollen, würde sich — wie die Referentin betonte — nach Umrechnung der Zeit in drei Monate eine Erhöhung von zirka 33⅓ Proz. ergeben.

Die Referentin empfahl namens der Tarifkommission, mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse und die Kürze der Tarifzeit, die Annahme des Angebots. Im gleichen Sinne sprach Jakobowitz, während die sehr umfangreiche Aussprache eine starke Opposition gegen die Annahme bekundete. Die Abstimmung ergab jedoch eine große Mehrheit für die Annahme.

Die Gewerkschaftsunterkommission Schöneberg hielt am 22. September eine Sitzung ab. Unterm 29. September wird uns darüber berichtet, daß bei der Gewerbegerichtswahl rund 4000 Stimmen auf die Liste der freien Gewerkschaften entfallen sind und etwa 300 Stimmen auf die übrigen Gruppen. Zur Vorbereitung der Krankenkassenwahlen im Dezember wurden fünf Genossen dem Ausschuß zur Seite gestellt. Ein Genosse, der Mitglied des Erwerbslosenrats ist, führte Beschwerde über die Firma Klemme in Friedenau, Schmargendorfer Str., die 10 bis 15 Hilfsarbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren beschäftige und sie vorwiegend zu Akkordarbeiten heranziehe unter ganz niedrigen Akkordlöhnen. Auf diese Weise seien ältere Facharbeiter zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt. Auch auf die Schädigung der Arbeitslosen durch nebenberuflich tätige Arbeiter, sogenannte Doppelexistenzen, wurde hingewiesen. Der Vertreter der Metallarbeiter versprach, der Beschwerde nachzugehen.

Achtung, Charlottenburger Erwerbslose! Dienstag vormittag 10 Uhr findet in den „Germania-Festsälen", Spreestr. 13, eine für die nur freigewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen einberufene öffentliche Arbeitslosen-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die 10 Punkte des ADGB. und unsere gegenwärtige Lage, 2. Diskussion. Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission.
J. A.: Otto Flemming, Pestalozzistr. 13.

Hamburg, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Wie gemeldet, haben die Buchdrucker beschlossen, ab heute für eine Forderung von 430 M. Mindestlohn in den Ausstand zu treten. Bis heute mittag 12 Uhr ist den Unternehmern Frist gesetzt zur Erklärung, ob sie gewillt sind, die Forderung anzunehmen oder nicht. Die bürgerliche Presse wird nicht erscheinen. Sie erklärt in den heutigen Morgenzeitungen, daß sie die Forderungen ablehne, da diese über die Berliner Forderungen hinausgehen und man bei ihrer Erfüllung nicht mehr konkurrenzfähig sein würde. Die gemeinsame Herausgabe eines bürgerlichen Nachrichtenblattes wird bekanntgegeben. Die Arbeiterpresse wird jedenfalls weiter erscheinen.

Die Werftarbeiter haben am Sonnabend in der Urabstimmung mit 4552 gegen 4432 Stimmen den Schiedsspruch angenommen. Der gesamte Bezirk Nord-West hat somit den Schiedsspruch mit 27 081 gegen 21 489 Stimmen angenommen. Wilhelmshaven steht noch aus, kann jedoch an dem Resultat nichts mehr ändern.

Die Verkehrsarbeiter hatten gestern Urabstimmung über einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der mit knapper Mehrheit angenommen wurde, so daß ein Streik der Straßenbahner vermieden wird.

Der Streik in der Altonaer Fischindustrie (Räuchereien) wurde von den Arbeitern und Arbeiterinnen ohne Diskussion in geheimer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Betriebsräte der staatlichen und kommunalen Behörden und Institute Dienstag vorm. 10 Uhr Sitzung der Betriebsräte. Aufgaben der Betriebsräte. Wahl des Gruppenrates. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Betriebsräte erforderlich.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Panflavin-Pastillen
(ges. geschützt)
zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle besonders bei
Grippe, Heiserkeit, Halsentzündung, Verschleimung.
Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.

Stottern
Stammeln, Lispeln, Atemnot und Angstgefühl vorm Sprechen beseitigt gründlich
Dr. Schraders Spezial-Institut
Berlin W, Lützowstr 30 (Spr. 4-7, auß. Sonnab. u. Sonnt.

Pelzwaren aller Art
Kreuz- und Zobel-Füchse
Pelzmäntel, Sport- u. Gehpelze
offeriert preiswert und gut
Löffler's Pelzhaus
Friedrichst. 118–119, am Oranienburger Tor
im Hause Café Stern
Eigene Kürschnerei

Aktiengesellschaft vorm.
Seidel & Naumann
Dresden
Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a
TELEPHON: Zentrum 10440

Zähne von 8 M. an
Teilzahlg. 5J. Gar. Kronen 18 M. Zahnz. m. Einspr. h. schmerzld. Umarb. schlechts. Geb. Rep. sof.
Zahn-Arzt Dr. Wolf Potsd. St. 58, Hochb. -St. Bernb.

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

Metropol Variete
Behrenstr. 54
8 Uhr:
Die tanzenden Funken
Joe und Eva Farren
Lilli und Foxl
Paul Coradini
Tanz Carmen
Ott und Ly
Jon Hamilton
Horwards Marionetten
Ludwig Klermont
2 Gerards
Braun u. Braun
5 Onlrotts

Sennler & Bleyberg A.G. Berlin S.14
Herde Öfen Kamine Zubehörteile

Lombard-Haus
H. Graff, Leipz. St. 75 II
Höchste Beleihung
Diskr., Reellste Gelegenheitskäufe. Uhren, Brillanten, Schmucksach. 10-50% unt. Ladenpr.
Zentrum 1964 — Geschäftsz. 10-4

Quecksilber jedes Quantum kauft Metall-Kontor Johs. Alte Jakobstr. 138

Tüchtige Metallschleifer
auf elektrische Bügeleisen sucht
R. Frister A.-G.,
Berlin-Oberschöneweide.

Vorwärtsstrebende und Erfinder
Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufklärung und Anregung gebende Broschüre: Ein neuer Geist? sendet gratis
J. Erdmann & Co., Bln., Königgrätzer Str. 71.

Schnittmuster

„Die Neueste Deutsche Mode"
sind erhältlich:
Breite Straße 11
Oranienstraße 41
Reinickendorfer Str. 15
Neue Schönhauser Str. 11
Rankestraße 7 - Großbeerenstraße 60, Ecke Yorckstraße
Frankfurter Allee 64 - Hohenlohestraße 14 - Fransecky-straße 23 - Danziger Straße 85 - Prenzlauer Allee 187
Zossener Straße 35 - Manteuffelstraße 108
Kaufhaus Fr. Hahn, Alexanderplatz, Landsberger Straße 60-63
Kaufhaus F. Nahrstedt, Berlin SO 33, Wrangelstraße 40-41
außerdem
Schnittmuster-Lager in sämtl. Filialen der Firma
W. Spindler
Färberei und chemische Waschanstalt

Mitesser
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckooh-Creme nachstreich. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

Weshalb bellt der Hund? – hat die Katz ein Flotzmaul? – Ist die Ziege giftig? – kräht der Hahn? – Wiehert das Pferd? – frißt die Sau ihre Ferkel? usw.?
Diese Fragen
und alle anderen über die Lebensgewohnheiten und Eigenschaften, sowie über die zweckmäßigste Haltung unserer Haustiere beantwortet der
Haustier-Brehm
das neue, illustrierte Buch von Th. Zell: „Unsere Haustiere" das die Tiere verstehen und lieben lehrt und dem Tierhalter Nutzen bringt.
Preis br. M. 20,—, geb. M. 25,—
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Echte extrastarke Walthorius Hienfong-Essenz
(Destillat) 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk. franko. In Apoth., Drog., sonst dir. v. Laborat. E. Walther, Halle a. S.-Trotha 145

Ankauf v. Gold-, Silber-, Platin-Br., Brillanten z. höchst. Tageskurs. Gr. Auswahl in mod. schmalen Trauringen
Carl Hamann
Münzstraße 17

Zeitungsfrauen zuverlässige, sofort gesucht. Z. Z.
Petersburger Platz 4, Immanuelkirchstr. 24, Markusstraße 36, Lübecker Str. 11, Wattstr. 9, Bärwaldstr. 42, Ackerstr. 174, Müllerstr. 34a, Greifenhagener Str. 22, Wustlauke 7, Wilhelmshavener Str. 48. Neukölln: Neckarstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29.

Verkäufe

Billige Bettwäsche! Nur diese Woche noch zu alten Preisen. Oberbett 45,—, Kissen 17,—, Laken 26,—, Inlett, federdicht, 108,—, Wäschestoffe, Handtücher Fabrikpreise. Fahrtvergütung. Bettwäschefabrik Puttkamerstr. 1, Ecke Wilhelmstraße.

Raglan (Schlüpfer) billig verkäuflich. Schenk, Körnerstraße 127.

Auf Teilzahlung Anzüge, Ulster, Schlüpfer, bequeme diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb (kein Laden), Rollendorfstraße 22a (Rollendorfplatz).

2 Sealmäntel, Prachtstücke, à 2950, wundervoller Silberwolf, Kreuzfuchs, Silberfuchs 400 bis 600, großer echter Skunkskragen 750. Großmann, Schöneberg, Kulmsteinerstraße 2, vorn I. Untergrundbahn Bayerischer Platz.

Kreuzfüchse 85,—, Alaskafüchse, Silberfüchse, Skunkse, Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzte Sommerpreise. Damenmäntel. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Anzüge 250,—, Gummimäntel 275,—, Hosen 65,—, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans, Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Möbel

Chaiselongue 100,—, Chaiselonguedecke 75,—, Metallbetten 160,—, Kinderbettstelle. Weide, Augustastraße 32a, Quergebäude.

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstraße 19.

Nationalkasse sucht sofort gegen bar Wanchen, Steglitz, Kissingerstraße 7, Steglitz 3110.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt zur Stelle. Hebamme Opitz, Neue Königstraße 57, (Alexanderplatz).

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhaft. Frau Chn, Hebamme a. D., Stargarderstraße 73.

Wer Stoff hat, fertige Anzüge, Paletot. Tadelloser Sitz. Mäßige Preise. Franke, Ackerstr. 148, Ecke Invalidenstraße.